

Dresdner Volkswacht

Postfachkonto: Dresden Nr. 1268, Roden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Die gelben Unternehmernetze Stehe 2. Seite

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften

Abrechnung im Landtag

Nr. 98 Dresden, Mittwoch, den 27. April 1932 43. Jahrgang

Abrechnung im Landtag

Vorbeigelungen

Die Bege gegen das Reichsbanner verpufft

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet: Der Reichspräsident empfing am Dienstag nachmittag den Reichsminister des Innern, Dr. Groener, zum Vortrag über das "Material" gegen das Reichsbanner. Groener teilte dem Reichspräsidenten zugleich im Namen des Reichskanzlers mit, daß das "Material" gegen das Reichsbanner zu Maßnahmen gegen diese Organisation keinerlei Veranlassung biete. Ihren formellen Abschluß wird die Intrigantaktion gegen das Reichsbanner jedoch erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin durch eine amtliche Erklärung finden, nach der Reichspräsident und Reichsregierung nicht gegen das Reichsbanner vorgehen gedenken.

Reichstag am 9. Mai

D. Der Vorkommnisse des Reichstags beschloß den Reichstag zu Montag, den 9. Mai, wieder einzuberufen. Ein von Kommunisten und Nationalsozialisten beantragter früherer Zusammenritt am 2. Mai wurde abgelehnt.

Auf die Tagesordnung der Reichstags-Sitzung soll der Entwurf des Schuldentilgungsgesetzes gesetzt werden. Reichsfinanzminister Dietrich wird eine Schilderung der allgemeinen Finanzlage geben, die der Vorbereitung der Staatsberatung dienen soll. Daran wird sich eine mehrtägige Aussprache knüpfen. Die Reichsregierung hat zugesagt, den Etat für 1932 gleichzeitig an den Reichstag und an den Reichstag gelangen zu lassen, so daß er bei der Reichstagsberatung in erster Lesung beraten werden kann. Anträge der Parteien werden ebenfalls mit der Tagesordnung verbunden. Von den Nationalsozialisten ist ein Antrag auf Auflösung des Reichstages und ein Antrag auf Aufhebung der Rotenverordnung über das SA-Verbot zu erwarten.

Präsident Brübe teilte dem Vorkommnisse mit, daß von der nationalsozialistischen Fraktion ein Protest gegen die Verhaftung des Kölner nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Ley, der in seiner Trunkenheit auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Weis einen Leberschlag organisierte, eingegangen sei. Bemerkenswert war, daß weder der Abg. Dr. Reich noch der Abg. Goering, die beiden Parteifreunde des Ley, es wagten, sich für dieses Verlangen der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion einzusetzen. Aus den übrigen Mitteilungen von Brübe war interessant, daß beim Reichstag inzwischen wieder 220 Gesuche auf Aufhebung der Immunität eingegangen sind. Die meisten richteten sich gegen Nazis — selbstverständlich.

Anzulängliche Arbeitszeitverkürzung

Vierzigstundenwoche nur bei einigen Gewerben

D. Berlin, 27. April. (Sig. Junf.) Im Arbeitsministerium wird zur Zeit ein Entwurf einer Rotenverordnung ausgearbeitet, durch die die vierzigstündige Woche allen Anschein nach nur für bestimmte Gewerbe eingeleitet wird. Der Entwurf soll am Donnerstag mit den Ländern besprochen werden. Die Verordnung zerfällt, wie verlautet, in zwei Gruppen, von denen die erste die Gewerbe umfaßt, bei denen in Zukunft die Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich, soweit sie tariflich zulässig ist, noch von einer besonderen Genehmigung der zuständigen Behörden abhängig gemacht werden soll. Die Genehmigung soll nur dann erteilt werden, wenn den Arbeitgebern andere Maßnahmen, insbesondere die Neueinstellung von Arbeitnehmern, nicht ausgenutzt werden könnte.

Die zweite Gruppe umfaßt die Gewerbe, bei denen die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt wird. Unter die zweite Gruppe fallen Bergbau, Stein- und Erden, Chemie, Papierindustrie und Vertriebsleistungen, Brauerei und Mälzerei, Pausenunternehmungen und Bauhandwerk.

Man muß abwarten, ob das Reichsarbeitsministerium tatsächlich mit einer beratigen Anzulänglichkeit die Arbeitslosigkeit einzudämmen versuchen will.

Gerichtstag über die sächsische Polizei

Was am Dienstag die sozialdemokratische Landtagsfraktion im Plenum des Landtages in erschreckender Fülle von Material über das Treiben der Nazis in Sachsen vorgebracht hat, wirkte in seiner Zusammenfassung so wuchtig, daß auch der Regierung die Augen hätten übergehen müssen — wenn sie wirklich so neutral wäre, wie sie zu sein vorgibt. Den Angriff der Sozialdemokratie eröffnete Genosse Böchel mit einer ausgezeichneten Beleuchtung der Situation im Nazi-Sachsen, wo man angesichts des Naziterrors „schon kaum noch von einem latenten Bürgerkrieg reden kann“. Renner hatte vor dem sozialdemokratischen Redner die übliche phrasenreiche kommunistische Rede über die Zerrüttung der „Agenten der Bourgeoisie“, über Massenbewegung und Generalstreik heruntergeliebt, worauf Genosse Böchel treffend antwortete: Den Faschismus wolle ihr schlagen, aber vorher zerrüttert ihr die Arbeiterorganisation! Den Nazis stellte Genosse Böchel die Frage: „Wo seid ihr denn zur Macht gekommen? 86,3 Prozent der Stimmen reichen noch lange nicht zum Dritten Reich. Jetzt wollen die Nazis mit einem Teil der schwarzen Gesellschaft, die sie bisher wütend belächelt haben, Regierungsgeschäfte machen — und das auch noch mit dem schwarzen Teufel! Das ist der große Sieg der Nazis!“ So gründlich war die Abrechnung, so überwältigend das Material und so rühmlich die Kritik, daß der Chef des Kabinetts, der wie ein Angeklagter mit hochrotem Kopf auf der Ministerbank saß, wohl kaum je im Leben eine so weinliche Stunde erlebt haben wird. Eindringlich hielt der Sozialdemokrat den Regierungsmännern vor, daß sie doch den Eid auf die Verfassung geleistet haben und schon darum zum Schutze des Staates verpflichtet sind. Den nachhaltigsten Eindruck erzielte die sozialdemokratische Anklage mit der Feststellung, daß der Ministerpräsident bei einer Aussprache mit dem Vorstehenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auf eine Frage des Genossen Böchel, wie die Regierung zum Reichsbanner und zur Eisernen Front stehe, erklärt hat: Das Gesamtkabinett habe sich mit der Frage beschäftigt und einstimmig die Auffassung vertreten, Reichsbanner und Eisernen Front können nicht mit der SA gleichgestellt werden. Die Sozialdemokratie verlangt, daß Schluß gemacht wird mit den Faschisten auf der Straße und im Staatsapparat.

Schieds Antwort darauf war mehr als schwach. Er wollte, wie üblich, in der Mitte durch und erklärte daher, er habe bei jener Unterredung nur davon gesprochen, daß die

Reichsbannerfrage von der Reichsregierung geprüft werden muß.

Nach der Begründung des Hauptantrags der sozialdemokratischen Landtagsfraktion folgte die Begründung einer Anzahl Spezialanträge. Was da vorgebracht und mit Tatsachen belegt wurde, waren Bilder kleinlicher Radelstichpolitik und Schikanen von einzelnen Behörden gegenüber den republikanischen Organisationen, die man kaum für möglich halten sollte. Uebergriffe und Amtsmißbrauch in einer großen Anzahl von Fällen durch Beamte, die vor dem 13. März, offenbar der Meinung waren, das Dritte Reich sei schon so nahe herbeigekommen, daß sie sich heilen mühten, schnell noch den Nachweis für ihre Dienstfähigkeit im Dritten Reich zu erbringen. Besonders reichhaltig war das Material, das aus Dresden vorlag; aber auch aus anderen Teilen des Landes, aus Ost und West, aus Süd und Nord wurden erschreckend viele, zum Teil himmelstreichende Ungerechtigkeiten und offensichtliche Bevorzugungen der Nazis durch Polizei und Behördenvorstände sowie unerhört parteiische Handlungen gegenüber der republikanischen Bevölkerung vorgebracht. Die Folge dieser Einstellung der „Güter der Verfassung“ sind die zahlreichen Gewalttätigkeiten und blutigen Terrorakte der Nazis, bis zum Nordversuch an dem sozialdemokratischen Genossen Herrmann in Jwidau.

Aus Dresden wurde vorgetragen, daß der Polizeioberst die Polizeibeamten, die zum Schutze des Publikums gegen randalierende Nazis eingesetzt waren, einfach in die Kerker zurückschickte und selbst eine Ansprache an die Nazis hielt, die von den Hitler-Garden mit einem kräftigen Heil! auf den Oberst begrüßt wurde. Bei der Durchführung des SA-Verbetes hat sich die Regierung tagelang Zeit gelassen, ehe sie die entsprechenden Anweisungen gab; kein Wunder, daß nichts gefunden wurde. Wo aber das Verbot von republikanischen Beamten durchgeführt wurde, konnten Waffen und anderes belastendes Material der Nazis beschlagnahmt werden. Die Sozialdemokratie verlangt Sauberkeit an Stelle der korrupten Zustände in Sachsen.

Es war ein Tag des Gerichts! Der beratende Innenminister, der neben Schick auf der Anklagebank saß, äußerte sich an diesem Tage überhaupt nicht. Man darf gespannt sein, was er am Mittwoch zur Verteidigung des von der sozialdemokratischen Kritik durchleuchteten naziverseuchten Staatsapparats sagen wird.

Schwenkung der Kommunisten?

Neue Parolen der KPD-Führung

Am Tage vor der Landtagswahl wurde im Moskauer Rundfunk auf die Bedeutung der Entscheidung in Preußen hingewiesen und dabei festgestellt, daß die Wahl zugleich eine wichtige Entscheidung über die Richtung der Taktik der KPD. bringen werde. Können die Schande vom 10. April nicht wieder aufgemacht werden, so wäre das die schärfste Verurteilung der bisherigen Taktik der KPD.

Die Schande vom 10. April ist nur zum geringen Teil wieder gutgemacht worden, die Stimmzahlen der Kommunisten sind zurückgeblieben hinter den Zahlen, die sie beim ersten Wahlgang der Präsidentenwahl und bei der Reichstagswahl von 1930 erhalten haben. Es hat sich zugleich abermals erwiesen, daß die kommunistische Wahlsinnstaktik, die durch das Wort bezeichnet ist: „Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie“, nur als Jutreiberin für den Faschismus gewirkt hat. Dieser Wahlausgang, verbunden mit der unmißverständlichen Erklärung von Moskau her, hat deshalb in der kommunistischen Partei eine über-raschende taktische Schwenkung hervorgerufen. Man beginnt umzulernen. Thälmann wie die Berliner Rote Fahne erklären gleichzeitig, daß die Kommunisten alles tun würden, um eine nationalsozialistische Regierung in Preußen zu verhindern. Gleichzeitig veröffentlicht die KPD-Zentrale einen Aufruf an alle nichtkommunistischen Arbeiter, in dem wieder mal von der Notwendigkeit einer Einheitsfront gesprochen wird. Der Soz. Pressedienst schreibt dazu:

Was die kommunistische Einheitsfrontparole anbetrifft, so ist ihre wahre Bedeutung hinlänglich bekannt. Es bedingt sich

dahinter die Illusion, daß man die sozialdemokratischen Massen trennen könne; eine Illusion, die nun schon 12 Jahre hindurch bei jeder Gelegenheit täglich Schiffsbruch erlitten hat. Aber die Bedeutung der Auffassung dieser Parole in diesem Augenblick besteht darin, daß offensichtlich die KPD. umzulernen beginnt und von dem extremen Kurs der Parole vom sozialdemokratischen Hauptfeind mehr in die Richtung der rechts-kommunistischen Opposition hin zu steuern gedenkt. Hier ergibt sich eine günstige Möglichkeit, auf die kommunistischen Arbeiter einzuwirken; denn diese Schwenkung ihrer Zentralleitung muß ihnen zeigen, daß die bisherige kommunistische Taktik falsch war und die sozialdemokratische richtig ist!

Für die bevorstehenden politischen Entscheidungen ist eine solche Schwenkung von praktischer Bedeutung. Wenn es ernst ist mit den Erklärungen von Thälmann und der Roten Fahne, so würde das bedeuten, daß die Politik der Unterstützung des Faschismus, wie sie noch zuletzt im gemeinsamen Volksbegehren mit dem Stahlhelm hervorgetreten ist, der „revolutionären Ungeduld“, die den Bürgerkrieg um jeden Preis will und deshalb den Faschismus gegen die Sozialdemokratie in den Sattel heben will, preisgegeben wird zugunsten einer Politik, die auf die Verhinderung der Wuchtregression des Faschismus hinausläuft. Man muß diese Erklärung wahrscheinlich zunächst dahin verstehen, daß ein Versuch der Rechten, die letzte Keimzelle der Geschäftsordnung im Preussischen Landtag rückgängig zu machen, um einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten mit relativer Mehrheit wählen zu können, die Stimmen der Kommunisten gegen sich haben würde. Bei der letzten Keimzelle der Geschäftsordnung, die die absolute Mehrheit für einen Ministerpräsidenten in Preußen verlangte, haben die Kommunisten noch gemeinsam mit der